

Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 22.-23. März

(Stand: 23.03., 16:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Neu haben wir für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Tatjana Pushina, t.pushina@oa-ev.de, Tel: 030-206167128.

Umfrage mit Bitte um Beteiligung bis 28. März

Auswirkungen des Krieges auf deutsche Unternehmen in der Ukraine

Wir möchten uns einen systematischeren Überblick zur aktuellen Situation deutscher Unternehmen in der Ukraine und den Folgen des russischen Krieges gegen das Land verschaffen. Wir sind zu diesen Fragen bereits mit der Bundesregierung in Kontakt. Um einen strukturierten Dialog initiieren zu können, bitten wir Sie, an unserer beigefügten Umfrage teilzunehmen. Unter diesem [Link](#) kommen Sie zur Umfrage.

Ihre Antworten helfen uns, ein noch genaueres Bild der Situation zu erhalten und Sie bestmöglich zu unterstützen. Außerdem sind wir in Gesprächen mit den zuständigen staatlichen Stellen, um Hilfen für betroffene Unternehmen zu koordinieren. Bitte formulieren Sie deshalb Ihre Antworten so präzise wie möglich.

Die Ergebnisse der Umfrage stellen wir Ihnen im Anschluss zur Verfügung. Ihre Daten werden vertraulich behandelt, die Ergebnisse anonymisiert und nicht an Dritte weitergegeben.

Bei eventuellen Fragen wenden Sie sich bitte an [Stefan Kägebein](#). Wir bitten Sie um Rückmeldung **bis spätestens 28. März 2022**.

Zusammenfassung: Briefing zu den Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine auf die Wirtschaft von AA, BMWK, BAFA und BMF am 23. März, 11:30 – 12:30 Uhr

Zusammenfassung:

- Nächste Woche Mittwoch wird es kein Online-Briefing geben. Die Ministerien stehen aber für bilaterale Fragen zur Verfügung
- Aktuell neue Sanktionen im Gespräch. Es gibt Ende dieser Woche dazu diverse Treffen unter anderem mit US-Beteiligung. Man muss hier abwarten, was im Detail kommt.
- Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen: Die EU ist jetzt aktiv geworden und hat einen Beihilferahmen für Geschäfte bis 1.2.2022 gesetzt. Auf dieser Basis wird derzeit ein KfW-Programm geprüft. Ein deutsches Programm müsste von der EU-Kommission dann genehmigt werden.
- Das BAFA hat diesen Montag neue FAQ auf der BAFA-Homepage veröffentlicht (Siehe am Ende dieses Kapitels). Das BAFA hatte im vergangenen Monat 1300 Telefonate. Allgemeine Fragen kann man telefonisch nicht beantworten. Bitte um Verständnis. Man sollte sich auf ganz konkrete Fragen konzentrieren, damit man gezielt helfen kann. Auf der BAFA-Seite gibt es zudem weitere Informationen zu Ausnahmegenehmigungsmöglichkeiten. Dort sollte man sich informieren und dann gezielt auf Regelungen Bezug nehmen.
- Auch BMF und Bundesbank aktualisieren stetig ihre FAQ. Frage nach Umsatzsteuererleichterungen für Hilfslieferungen wurde zwischenzeitlich geklärt. Infos zu Steuererleichterungen stehen inzwischen auch auf der Internet-Seite.
- Projekt des AA mit DIHK: Gesucht werden Unternehmen, die zur Bewältigung der Flüchtlingsströme in Moldau Finanzmittel zur Verfügung stellen. Es geht um Flüge aus Moldau nach Deutschland/in die EU. Es gibt dazu ein AA-Spendenkonto, um eine Luftbrücke aus Moldau zu bewerben, weitere Infos unter #wirtschafthilft. Es geht darum, Geld für die Flüge aus Moldau nach Deutschland zu sammeln. Der erste Flug wird bereits von der Lufthansa gesponsort. Moldau ist aktuell erheblich mit Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge überfordert. Mit Angriffen auf Odessa könnte das Problem in Kürze noch gravierender werden. Hier wird auf konkrete Hilfe von Unternehmensseite gehofft.

Fragerunde:

- Problem bei Stahl mit Warenursprung aus Belarus/Russland. Der Stahl war schon eingekauft und geliefert, soll nun in Deutschland weiterverkauft werden. Aktuell ist aber wegen Sanktionen nicht gestattet, Waren mit Ursprung Belarus/Russland in der EU zu kaufen. Bitte: Die Sanktionen sollten sich jetzt nicht auf bereits bezahlte und gelieferte Ware beziehen. Das Geld wurde schon an Belarus/Russland dafür gezahlt. Wir brauchen Informationen, wie man damit umgeht. Gut wäre, Freistellung für

Warenursprung, damit wir nicht eigene Lagerbestände blockieren. Antwort: Die Frage ist bekannt, BMF arbeitet an FAQ, die das betrifft.

- Wie geht man mit Unternehmen um, bei denen mehrere sanktionierte Personen Anteile von über 50 Prozent haben? Sind diese entsprechend sanktioniert, weil die Anteile zusammengerechnet werden nach US-Methode? Antwort: Wir haben das auf dem Schirm. Es gibt keine automatische Zusammenrechnung, sondern diese macht nur Sinn, wenn es Anzeichen für kollektives Verhalten gibt, also wenn die gelisteten Personen gemeinsam auf das Unternehmen einwirken. Wenn es die Anzeichen nicht gibt, dann sind Geschäftskontakte mit den betreffenden Unternehmen tendenziell möglich, es gibt keine automatische Zusammenrechnung von Anteilen.
- Fragen an das BAFA gibt es sehr viele, daher kommen Antworten nicht immer sofort. Bei Unsicherheiten zu möglichen Geschäften sollte man aber besser abwarten, bis BAFA klare Hinweise gibt.
- Task Forces für Aufklärung zu Geschäften von Oligarchen: Verschiedene Gremien konstituieren sich hier gerade (EU, USA, G7). Bis Ergebnisse in die Veröffentlichung gehen, wird das noch etwas dauern. BMWK: Ziel der Arbeitsgruppen ist nicht, Register zu erstellen, um Compliance für Dritte zu erleichtern, sondern es geht erst einmal um Nachhalten von Sanktionen und Analyse von Vermögen, die per Gesetz schon eingefroren sein sollten. Was an Ergebnissen veröffentlicht wird nach außen, muss man sehen.
- Weitere Frage dazu: Zunehmend werden im Geschäftsalltag Erklärungen verlangt, dass Geschäftsbeziehungen „frei von Oligarchenverbindungen“ sind. Das ist aber sehr schwer in der Lieferkette. Orientierungshilfen/Register wären hier hilfreich, zumindest, dass man Erkenntnisse sammelt, welche Unternehmen betroffen sein könnten und es wäre großartig, dies Unternehmen zugänglich zu machen. Antwort: Entscheidend ist, dass die Unternehmen „nach bestem Wissen und Gewissen“ Verstrickungen prüfen, um Compliance-Ansprüchen zu genügen. Wenn man sich entsprechend verhalten habe und es stelle sich dann heraus, dass in der Kette doch Sanktionsproblematiken auftauchen, werde das bei einer möglichen Bestrafung berücksichtigt. Es ist verständlich, dass gewisse Dinge gar nicht transparent sein können. Man darf aber nicht vor Offensichtlichkeiten die Augen verschließen. Artikel 10: Haftungsausschluss für Unternehmen, die nicht wissen konnten, welche Verbindungen in der Lieferkette waren. Wenn es Geschäftsbeziehungen mit Russen generell gibt, ist natürlich der Anlass für eine genau Prüfung da. Beispiel: Wohnungsbaugesellschaften prüfen Wohnungsvermietungen an möglicherweise sanktionierte Personen. Hier müssen sie Namensgleichheiten im Blick haben. Man muss sein Bestes tun, um mögliche Sanktionsfälle zu entdecken.
- Entgegennahmeverbot für Bank-Einlagen über 100.000 Euro. Da gibt es Ausnahmen (Grundbedürfnisse u.a.). Wer wäre dafür die Genehmigungsbehörde? Muss die Bank den Antrag stellen, oder der Kunde? Antwort: Anfragen sollten an die Bundesbank gerichtet werden, die Bank wäre dann jeweils der Antragsteller. Frage: Gibt es Formulare? Antwort: Infos finden sich auf der Internetseite der Bundesbank.

Ansonsten Nutzung der allgemeinen E-Mail-Adresse der Bundesbank.

- Ratingdienste sind ab 15. April für externe Ratings für russische Kunden. Sind aber bankinterne Ratings weiter möglich? Antwort: Bankinterne Ratings sind nach unserer Auffassung weiter möglich. Wir prüfen, das in die nächsten FAQ aufzunehmen.
- Wie lange braucht BAFA aktuell für Prüfungen von Geschäften? Antwort: Es kommt darauf an: Wohin geht die Ware, was ist es für eine Ware, an wen geht die Ware... Wir haben Vielzahl von Fragestellungen zu klären. Kollegen bemühen sich rund um die Uhr. Wöchentlich gibt es ca. 500-600 Anträge on top. Man kann nicht genau zusichern, wie schnell das geht.
- Artikel 5aa: Sanktionierung russischer staatseigene Betriebe bzw. Betriebe, an denen gelistete Oligarchen über 50 Prozent halten. Frage zu Anhang 19, Ausnahme 2: Gibt es eine Art wind-down-Phase für Verträge vor 15. März und Lieferungen bis zum genannten Stichtag im Mai? Antwort BMWK: Verträge, die vor dem Stichtag geschlossen wurden, können bis zur Deadline noch abgearbeitet werden. Dauerverträge dürfen nicht über die genannten wind-down-Zeiträume fortgesetzt werden. Es geht um Abwicklung von Altgeschäft. Diese Regelung findet sich jetzt sehr oft in den Sanktionsgesetzen.
- Lieferungen in die Ukraine: Wie lange dauert Prüfung beim BAFA, wenn es um Hilfsgüter geht, die auch Rüstungsgüter sein könnten z.B. Helme/Westen? Antwort: Hilfsgüter ist sehr schillernd. Rüstungsgüter dürfen nicht geliefert werden. Wenn es um Helme oder Westen geht oder ähnliches, muss das dennoch genau geprüft werden. Spannweite von Rüstungsgütern ist groß. Wir gehen aber davon aus, dass es um eine untere, einstellige Zahl von Prüfungstagen geht. Liegt aber nicht allein in der Hand des BAFA. Eilige Fälle bearbeiten wir auch am Wochenende, wenden Sie sich dazu ans BAFA, wenn es um eine konkrete Lieferung geht, die irgendwo hängt. Helme/Westen: Das geht in der Regel sehr schnell.
- Anfragen zu Sanktionen Belarus: Es gibt Einfuhrverbot von Holzprodukten aus Belarus. Gilt das auch für Holzpaletten und Kabeltrommeln? Antwort: Frage geht eher an den Zoll, aber Holz zu Transportzwecken ist kein Verbotsgegenstand. Wir schauen, ob wir dazu eine FAQ nacharbeiten können.
- Frage zu gelisteten Gütern, die sich bereits in Russland befinden: Ist BAFA hier zuständig, wenn man ein inzwischen gelistetes Gut hat, das in Russland an nicht-gelistete Personen geliefert werden soll? Antwort: BAFA genehmigt nur Güterausfuhr, das endet an der deutschen Grenze. Wenn Grenzübertritt schon stattgefunden hat, ist es keine Frage mehr einer Ausfuhrgenehmigung. Ist Entscheidung des Unternehmens, hier weiter zu liefern und mögliche Sanktionen einzuhalten. AA: Es gibt durchaus schon deutsche Unternehmen, die bereits gelieferte Ware in Russland nicht weiter ausliefern. Darüber könnte man nachdenken.

- Nochmals zum selben Problem: Bei deutschen Strafverfolgungsbehörden geht es nicht nur um grenzüberschreitenden Handel, sondern um Weitergabe auch innerhalb Russlands. Wenn ein Gut in Russland noch im Eigentum einer deutschen Firma ist, könnte eine Weiterleitung ein Embargo-Bruch bedeuten, auch wenn die Ausfuhr nach Russland noch legal war. Wie geht man also mit diesen Lagerbeständen deutscher Unternehmen in Russland um? AA: Uns haben einige Unternehmen signalisiert, dass sie solche Weiterlieferungen nicht mehr machen. Die haben jetzt das Problem, dass sie von russischen Kunden/Staatsanwaltschaft zu Auslieferung gezwungen werden. BMWK: Versuchen die Frage nochmal zu prüfen. Anknüpfungspunkt ist das Verbot in der Verordnung. Wenn man an gelistete Personen weitergibt, greifen in jedem Fall Sanktionen.
- Versicherungen/Rückversicherungen: EU hat hier klargestellt, dass diese Versicherungen auch Finanzmittel sind, die sanktioniert sind bzw. Genehmigungen bedürften. Was ist mit Altverträgen für die man damals keine ausdrückliche Genehmigung beantragt hatte? Gilt die Neuregelung jetzt auch rückwirkend? BMF: Die Frage klären wir.
- Nächsten Mittwoch gibt es keine Online-Runde.

Statement des BDI-Präsidenten zum EU-Gipfel / Sanktionen

Zum bevorstehenden EU-Gipfel äußert sich BDI-Präsident Siegfried Russwurm: „Die deutsche Industrie warnt die europäische Staatengemeinschaft im weiteren Umgang mit Sanktionen vor übereilten Reaktionen mit unkalkulierbaren Konsequenzen.“

- „Die deutsche Industrie warnt die europäische Staatengemeinschaft im weiteren Umgang mit Sanktionen vor übereilten Reaktionen mit unkalkulierbaren Konsequenzen. Der russische Angriffskrieg gegen die Demokratie in der Ukraine erzeugt unfassbares menschliches Leid für die ukrainische Bevölkerung. Wir unterstützen die von den westlichen Bündnispartnern verhängten Sanktionsmaßnahmen gegen Russland. Wir sind uns darüber im Klaren, dass gegebenenfalls weitere harte und unmissverständliche Reaktionen folgen müssen.
- Die EU ist nicht auf ein kurzfristiges, umfassendes Energieembargo vorbereitet. Sie würde damit ihre Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit wirtschaftlich und politisch aufs Spiel setzen. Bei ausbleibenden Energielieferungen drohen Produktionsstopps mit unübersehbaren Folgen für Lieferketten, Beschäftigung und auch die politische Handlungsfähigkeit unseres Landes.
- Bei einem Boykott russischer Gaslieferungen droht der EU eine Zerreißprobe. Das europäische Gasnetz ist bislang noch nicht auf Gasflüsse von West nach Ost ausgelegt. Es ist unklar, ob bei einem Stopp russischer Gaslieferungen Flüssiggas, das in den Niederlanden oder Belgien anlandet, den Weg bis nach Tschechien oder die Slowakei findet. Ein Gasembargo würde Produktionsunterbrechungen,

Beschäftigungsausfälle und in einigen Fällen massive Schäden an Produktionsanlagen verursachen.

- Europa muss schleunigst unabhängiger von russischem Gas werden. Das kann nicht von heute auf morgen realisiert werden. Es gibt nicht den einen Schalter eines Energieembargos, den die EU nun umlegen kann. Stattdessen kommt es ab sofort auf eine Politik an, welche die Mitgliedstaaten in enger Abstimmung mit der Kommission angehen müssen: Die Politik muss mit hohem Tempo neue Energiepartnerschaften schließen und Flüssiggas aus anderen Ländern, insbesondere auch den USA, beschaffen. Die heimische Förderung in Europa muss ausgebaut werden. Zudem gilt es, alle Blockaden bei dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu lösen, von jahrelangen Planungs- und Genehmigungsverfahren bis zum schleppenden Netzausbau.“

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
- Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de

- VB2 (Sanktionen).
Referatsleitung
Frau Dr. Conrad
Herr Blaschke
E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de

- VE1: Osteuropa (ohne EU), Südkaukasus, Zentralasien.
Referatsleiter
Herr Andreas Neumann
E-Mail: Buero-VE1@bmwi.bund.de

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine:

[Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://www.gtai.de/Russland-Ukraine-Konflikt)

Statistiken zur Wirtschaft in Russland und der Ukraine

Auf dieser Seite des Statistischen Bundesamts finden sie gebündelte Informationen zur Wirtschaftsentwicklung in Russland und der Ukraine und der Lage deutscher Unternehmen:

[Ukraine - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](https://www.destatis.de/Ukraine-Statistisches-Bundesamt)

FAQ der Bundesbank zu Sanktionen

Die neuen Russlandsanktionen werfen bei der praktischen Umsetzung viele Fragen auf. In unserem Übersichtsblatt "Finanzsanktionen: Häufig gestellte Fragen" hat die Bundesbank Antworten zusammengestellt. Das gesamte pdf findet sich zum Download auf dieser Seite:

[Russland / Ukraine | Deutsche Bundesbank](https://www.bundesbank.de/Russland-Ukraine-Deutsche-Bundesbank)

Das Journalisten-Netzwerk Correctiv bietet einen aktuellen Sanktions-Tracker an:

[Sanktionstracker – Aktuelle Sanktionen gegen Russland \(correctiv.org\)](https://www.correctiv.org/Sanktionstracker-Aktuelle-Sanktionen-gegen-Russland)

2. Terminübersicht



Russland und der Westen

Zeitenwende

Wie umgehen mit einem repressiven und konfrontativen Russland?

24. März 2022, 19:00 - 21:00 MEZ

[Anmelden](#)

Einleitung: **Michail Chodorkowski**

Grundsatzrede: **Annalena Baerbock**, Bundesaußenministerin (tbc)

Diskussion:

- **Michael Roth**, MdB, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, SPD
- **Roderich Kiesewetter**, MdB, Sprecher für Krisenprävention, CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- **Marie-Agnes Strack-Zimmermann**, MdB, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, FDP
- **Agnieszka Brugger**, MdB, Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Die Grünen

Moderation: **Ralf Fücks**, Zentrum Liberale Moderne

Perspektivwechsel: Gespräch mit

- Botschafter **Daniel Fried**, Atlantic Council
- **Pavlo Klimkin**, ehem. Außenminister der Ukraine (tbc).

Moderation: Botschafter **Boris Ruge**, stellv. Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz.

Die Diskussion wird simultan ins Englische, Russische und Deutsche übersetzt.

Bei Rückfragen, wenden Sie sich bitte an events@libmod.de

24. März: International online briefing on Ukrainian energy sector, 15:00 h

We would like to invite you to an **international online briefing** on Ukrainian energy sector operating under the conditions of war held by DTEK CEO Maxim Timchenko.

The briefing will be held in English and is scheduled for **Thursday March 24th, 15.00h CET/16.00h Kyiv time.**

Key points which will be discussed:

- Challenges of keeping lights on amid war
- Nuclear security of the European continent
- Future of Ukrainian and EU energy security

Please kindly confirm your participation by replying to this e-mail: ZdorevskaIV@dtek.com

Please use the following link to join the live stream:

Microsoft Teams meeting

Join on your computer or mobile app

[Click here to join the meeting](#)

Join with a video conferencing device

teams@teams.dtek.com

Video Conference ID: 129 996 370 0

Alternate VTC instructions

[Learn More](#) | [Meeting options](#)

24. März: Polittalk: Krieg in Europa - Zeitenwende in Deutschland: Was jetzt, Lars Klingbeil und Friedrich Merz?

Sehr geehrte Damen und Herren,

Inforadio (rbb), die Süddeutsche Zeitung und die Bertelsmann Stiftung laden zur 5. Ausgabe des #Polittalk aus der Hauptstadt ein.

Lars Klingbeil (SPD) und Friedrich Merz (CDU), die neuen Vorsitzenden ihrer Parteien, diskutieren mit den beiden Moderator:innen der Veranstaltung Angela Ulrich (Inforadio) und Stefan Braun (Süddeutsche Zeitung) und dem Demokratie-Experten der Bertelsmann Stiftung Dr. Robert Vehrkamp über die Frage:
"Krieg in Europa - Zeitenwende in Deutschland
Was jetzt, Lars Klingbeil und Friedrich Merz?"

Die Veranstaltung findet als Livestream aus dem ARD-Hauptstadtstudio in Berlin statt am

Donnerstag, 24. März 2022
ab 17:00 Uhr

Den Livestream erreichen Sie ohne Registrierung über den untenstehenden Link.

[5. Polittalk aus der Hauptstadt - Krieg in Europa – Zeitenwende in Deutschland | Inforadio](#)

25. März: Aktuelle wirtschaftliche Situation in Russland, Business for Business, 14:00 Uhr MEZ

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland möchten Sie zur 2. Ausgabe der Online-Veranstaltung via Teams zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Freitag, 25. März 2022, 14.00 Uhr MEZ einladen. Bitte beachten Sie, dass der Anmeldeschluss am Donnerstag, 24. März um 16:00 Uhr ist.

Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Für Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart (c.schuchart@oa-ev.de) oder Jens Böhlmann (j.boehlmann@oa-ev.de).

25. März: Ost-Ausschuss Arbeitskreis Mittelosteuropa zum Thema „Russland-Krise: wirtschaftliche Auswirkungen auf Mittelosteuropa“, 10:00 – 11:15 Uhr

Der Krieg Russlands in der Ukraine hat erhebliche politische und wirtschaftliche Auswirkungen auf die Staaten Mittelosteuropas. Das Hintergrundgespräch dient einem vertraulichen Austausch zu diesem Themenkomplex und einer Einschätzung der aktuellen Lage.

Wir freuen uns, als Referenten u.a. folgende Personen begrüßen zu dürfen:

- Gunter Deuber, Bereichsleiter Volkswirtschaft und Finanzmarktanalyse, Raiffeisen Bank International AG
- Mario Holzner, Geschäftsführer, Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW)
- Dr. Kai-Olaf Lang, EU/Europa Senior Fellow, Stiftung Wissenschaft und Politik

Das Angebot richtet sich in erster Linie an Ost-Ausschuss-Mitglieder. Es gelten die Chatham House Rules. Bei Rückfragen steht Ihnen Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mittelosteuroopa (a.stadnicki@oa-ev.de, Tel: +49 30 206167 138) gern zur Verfügung.

28. März: „GAA_Insight: Aktuelle agrarrelevante Entwicklungen in Osteuropa und Zentralasien“, Montag, 28. März 2022 von 9:00 bis 10:00 Uhr (MEZ)

Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist für mehrere Vertreter Ihres Unternehmens bzw. Verbandes möglich. Den Einwahllink erhalten Sie kurz vor der Veranstaltung. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an: Per Brodersen: p.brodersen@oa-ev.de

29. März: Außerordentliche Arbeitskreissitzung zur Gesundheitswirtschaft in Osteuropa & GUS von Ost-Ausschuss und German Health Alliance, 9:00-10:00 Uhr (Online)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die GHA – German Health Alliance laden zur außerordentlichen Sitzung des Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und den aktuellen Wirtschaftssanktionen am 29. März 2022 (09:00 – 10:00 CET) via Microsoft Teams ein.

Im Rahmen unserer nächsten Sitzung stehen folgende Themen auf der Agenda:

- Aktuelle humanitäre Situation in der Ukraine & Hilfsaktionen in Deutschland #WirtschaftHilft
- Sanktionen und Auswirkungen auf den Gesundheitssektor/ Unternehmen in der Region Osteuropa

Die Sitzung findet in deutscher Sprache statt, teilweise Input in englischer Sprache und folgt der Chatham-House-Regel.

Die Veranstaltung richtet sich in erster Linie an Ost-Ausschuss- und GHA-Mitglieder. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an p.hristova@oa-ev.de [Petya Hristova](#) und [Alexander Boxler](#) (GHA).

30. März: Online-Austausch mit dem Ersten Vizepremierminister der Republik Kasachstan Roman Sklyar von 11:00 Uhr bis 12:30 Uhr MESZ

Im Rahmen des Meetings möchten wir uns über die Kooperationsmöglichkeiten in den Sektoren Transport und Logistik in Kasachstan informieren sowie die Herausforderungen der derzeitigen Situation, vor allem im Transitverkehr, eruieren. Die Arbeitssprachen des Treffens sind Englisch und Russisch mit Simultandolmetschung. Sie können sich bis zum

28. März 2022, 10:00 Uhr zu unserem Onlineformat anmelden. Wir werden allen angemeldeten Teilnehmern rechtzeitig vor der Veranstaltung einen Link zusenden.

Die Veranstaltung richtet sich in erster Linie an Ost-Ausschuss-Mitglieder bzw. Mitglieder des Arbeitskreises Zentralasien im Ost-Ausschuss. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an: Eduard Kinsbruner, e.kinsbruner@oa-ev.de

30. März: Online-Briefing zu DECKUNGSPRAXIS IN RUSSLAND UND BELARUS von 08:30 - 09:30 UHR

Bis auf weiteres findet jeden Mittwoch ein Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis statt, mit Experten von Euler Hermes und dem Bundeswirtschaftsministerium. Bei Fragen wenden Sie sich an die Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail an.

Anmeldung:

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Über die aktuellen Entwicklungen informieren Sie sich am besten über diesen Newsletter: [Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

7. April: „Marktplatz der Begegnungen - Ukraine“ der Handelskammer Hamburg

Am 7. April 2022 findet in der Handelskammer Hamburg mit dem "Marktplatz der Begegnungen" ein besonderes Angebot für Schutzsuchende aus der Ukraine statt. Seit dem Start der Veranstaltungsreihe „Marktplatz der Begegnungen“ im November 2015 haben wir hunderte Unternehmen mit tausenden Geflüchteten zusammengebracht, um sich auszutauschen und etwaige Arbeitsmöglichkeiten anzubahnen.

Das Ziel der diesjährigen Veranstaltung ist es, beiden Seiten - Schutzsuchenden und Ausstellenden - eine Plattform zu bieten, sich gegenseitig kennen zu lernen und gemeinsam niedrigschwellige Arbeitsmöglichkeiten, sei es über ein Praktikum, einen Minijob, eine Teilzeitmitarbeit oder alternative Beschäftigungsmöglichkeiten, zu eruieren. Ebenfalls soll dieses Event dazu dienen, Ukrainerinnen und Ukrainern soziale und beruflich relevante Themen aus ihrem neuen Gastland in einem angenehmen Umfeld näherzubringen. Die beteiligten Unternehmen kommen aus verschiedenen Branchen. Vor Ort werden darüber hinaus Anbieter verschiedener Themenfelder sein, um den Start in Hamburg zu erleichtern.

Weiterführende Informationen finden Sie hier: [Marktplatz der Begegnungen - Handelskammer Hamburg \(hk24.de\)](https://www.hk24.de)

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 21. März)

Tagesschau:

EU-Kommission: Gasreserven und Preisdeckel gegen hohe Energiepreise

Kurz vor einem EU-Gipfel in Brüssel hat die Europäische Kommission konkretere Maßnahmen für niedrigere Energiepreise in Europa vorgelegt. Einerseits schlug die Brüsseler Behörde ein Gesetz für verpflichtende Gasreserven vor, um die Energieversorgung im nächsten Winter zu sichern. Andererseits listet sie mögliche Notfallmaßnahmen wie Preisdeckel auf, um Verbraucher vor den stark angestiegenen Preisen zu schützen. Auch gemeinsame Gaseinkäufe werden in Erwägung gezogen, um eine stärkere Verhandlungsposition auf dem Markt zu haben.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

Neue FAQ zu zollrechtlichen Fragen

Die EU-Generaldirektion DG FISMA hat FAQ zu zollrechtlichen Fragen bezüglich des Russlandembargos veröffentlicht. Hier das Dokument:

[Aggression against Ukraine - Customs related frequently asked questions \(europa.eu\)](https://europa.eu/press-room/media/33444/Aggression%20against%20Ukraine%20-%20Customs%20related%20frequently%20asked%20questions)

Übersicht über alle EU-Sanktionen gegen Russland

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](https://europa.eu/press-room/media/33444/Sanctions%20adopted%20following%20Russia's%20military%20aggression%20against%20Ukraine)

EU-Exportrestriktionen – FAQ-Übersicht

Die EU hat eine Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen gemäß den Artikeln 2, 2a und 2b der Verordnung des Rates Nr. 833/2014 gegen Russland vorgelegt, die Sie hier finden:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](#)

Unterstützung beim Thema Finanzsanktionen

Die Deutsche Bank hat eine Informationsseite zur Lage in Osteuropa erstellt, auf der sie Fragen zu den aktuellen Finanzsanktionen beantwortet. Mehr Informationen finden Sie unter den folgenden Links:

[Lage in Osteuropa: Wichtige Informationen für Unternehmen – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

[Situation Russland-Ukraine: Auswirkungen auf Ihr Geschäft – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht:

[EU-Russland-Sanktionen | Special \(gtai.de\)](#)

Weitere Meldungen aus der EU:

FAZ

Lagarde kritisiert Umgehung von Russland-Sanktionen mit Kryptowährung

EZB-Präsidentin Christine Lagarde spricht von „dubiosen Transaktionen“ beim Umtausch von Umtausch von Rubel in Stablecoins – und warnt Unternehmen vor „Komplizenschaft“, die sich daran beteiligen.

Europas Digitalwährung soll wie geplant in etwa vier Jahren Wirklichkeit werden. „Wir sind im Zeitplan und im Budget“, sagte Christine Lagarde, die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) am Dienstag beim „Innovation Summit“ der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Lagarde hob zwei Entwicklungen hervor, die noch einmal verdeutlicht hätten, dass man den digitalen Euro benötige.

Eine sei der Schub, den die Digitalisierung in der Corona-Pandemie genommen habe. Innerhalb von weniger als fünf Jahren sei der Anteil von unbaren Zahlungen im Euroraum um

rund 40 Prozent gestiegen. In Umfragen sagten jetzt 50 Prozent der Menschen, dass sie bargeldloses Bezahlen bevorzugten. Noch vor vier Jahren seien es lediglich etwas mehr als 40 Prozent gewesen. Viele Leute wollten bargeldlos zahlen, digital und über das Internet. „Das ist die Richtung, in die es geht“, sagte Lagarde. Diesen „Druck der Verbraucher“ nannte sie als ein Motiv für die Entwicklung des neuen Geldes, die in mehreren Phasen erfolge.

Zugleich hob die EZB-Präsidentin hervor, dass die Notenbanken die Entwicklung nicht verschlafen dürften, wollten sie nicht von privaten Digitalwährungen wie „Stablecoins“, die durch andere Währungen gedeckt sind, oder Kryptoassets wie Bitcoin abgehängt werden. Es gehe dabei auch um die monetäre Souveränität von Staaten, also ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit in Geldfragen, und die Finanzstabilität, also die Solidität des Bankensektors.

Digitale Umgehung der Sanktionen

Lagarde beklagte, dass Kryptoassets im Augenblick beispielsweise sehr stark genutzt würden, um die Finanzsanktionen des Westens gegen Russland zu umgehen. Der Umtausch von Rubel in Stablecoins und Kryptoassets habe in diesem Zusammenhang einen außergewöhnlich hohen Stand erreicht. Lagarde sprach von „dubiosen Transaktionen“ und warnte Unternehmen, die sich daran beteiligten, vor „Komplizenschaft“.

Ziel des Digitaleuros sei auch, in diesem Sinne die Hoheit der Staaten zu sichern. Was dagegen nicht geplant sei, sei die Eliminierung des Bargeldes durch den digitalen Euro. Und es sei auch nicht beabsichtigt, mit dem Digitaleuro ein neues geldpolitisches Instrument für die Notenbank zu schaffen, hob Lagarde hervor. Kritiker hatten gewarnt, mit der Digitalisierung des Bargeldes könnten die Notenbanken im Sinn haben, leichter Negativzinsen in der Breite durchsetzen zu können – weil die Menschen dann womöglich nicht mehr im Notfall auf Bargeld ausweichen könnten.

Lagarde erwähnte in diesem Zusammenhang die Flüchtenden aus der Ukraine, die zum Teil mit Beuteln voller Bargeld über die Grenze in die Nachbarländer kämen. Das zeige auch ein hohes „Vertrauen in Bargeld“. Die EZB-Präsidentin versucht in Gesprächen mit der Europäischen Kommission, einen Eintausch zumindest von Teilen dieser Gelder von der ukrainischen Währung Hrywnja in Euro zu ermöglichen.

Kein Verkauf von Daten

Die EZB-Präsidentin sagte, alle Umfragen hätten gezeigt, dass es den Menschen sehr wichtig sei, dass auch bei digitalem Geld die Privatsphäre geschützt sei. Hier sehe sie Chancen für die Zentralbanken, stärker auf den Schutz von Daten und Privatsphäre zu achten, als dies private Anbieter von Währungen möglicherweise täten. Der Verkauf von Daten gehöre schließlich nicht zum Geschäftsmodell von Notenbanken, sagte Lagarde. Auch wenn man keinen komplett anonymen Digitaleuro schaffen könne, weil auch die Bekämpfung von Geldwäsche und Kriminalität wichtige Ziele seien, die auch von den Bürgern in den Umfragen anerkannt würden, so arbeite man doch sehr an einer Ausgestaltung der Digitalwährung, die die Privatsphäre schütze. Lagarde schloss in diesem Zusammenhang auch die Zusammenarbeit mit anderen Notenbanken wie der amerikanischen Federal Reserve (Fed) bei solchen

Sicherheitsmerkmalen nicht aus – und hob dabei unter anderem die Kooperationen über die BIZ hervor.

Die EZB-Präsidentin nannte auch die Senkung von Transaktionskosten und eine schnellere Abwicklung von Zahlungen wichtige Ziele des digitalen Geldes. Die Ausgaben der Menschen und Unternehmen für Zahlungsdienste seien relativ hoch und lägen in einer Größenordnung von 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das müsste sich mit einem digitalen Zentralbankgeld senken lassen, sagte die EZB-Präsidentin. Der digitale Euro dürfte zum normalen Euro keinen Wechselkurs haben, sagte Lagarde: „Ein Euro muss ein Euro sein.“ Bei privaten Stablecoins könne das unter Umständen anders sein – selbst wenn sie an den Euro gebunden seien.

Spiegel

Polen schlägt G20-Ausschluss Russlands vor

Polen möchte Russland weiter isolieren und schlägt eine Verbannung aus den G20 vor. Man habe bereits mit den USA darüber gesprochen, so Außenminister Nowak – die Idee sei auf »positive Resonanz« gestoßen.

Polens Wirtschaftsminister Piotr Nowak (Archivbild): »Der Vorschlag wurde an US-Präsident Biden übergeben« Foto: Thierry Monasse / Getty Images
Polen hat angeregt, Russland als Strafe für seine Invasion in der Ukraine aus der Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, den G20, auszuschließen.

Wirtschaftsminister Piotr Nowak sagte in Warschau, die Angelegenheit sei bereits vergangene Woche bei Treffen in Washington erörtert worden, unter anderem mit US-Handelsministerin Gina Raimondo. »Wir haben den Vorschlag gemacht, Russland aus der G20 auszuschließen, was auf positive Resonanz und Zustimmung gestoßen ist.« Die Idee sei an Präsident Joe Biden übergeben worden.

Russland war nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 bereits aus der damaligen Gruppe der acht führenden Industrienationen (G8) ausgeschlossen worden, die daraufhin zur G7 wurde. Die G20 ist allerdings eine weitaus breiter aufgestellte Organisation, zu der etwa Indien, China und Brasilien gehören – ein Ausschluss könnte daher umso schwieriger werden. »Unsere Gesprächspartner haben unsere Position unterstützt und erklärt, dass die USA erwägen könnten, diesen Klub zu verlassen und eine andere alternative Struktur zu schaffen, wenn sich die Einstimmigkeit unter den G20 zum Ausschluss Russlands als Problem erweist«, sagte Wirtschaftsminister Nowak weiter.

Eine Reaktion des US-Handelsministeriums gab es vorerst nicht. Ohne die polnische Erklärung ausdrücklich zu kommentieren, sagte eine US-Quelle der Nachrichtenagentur Reuters, dass Russland gegen internationale Normen verstoßen habe und es daher Konsequenzen in multilateralen Foren geben sollte.

Bundeskanzler Olaf Scholz äußerte sich zurückhaltend zur polnischen Forderung. Dies sei eine Frage, die man gemeinsam unter den Mitgliedern erörtern und »nicht einzeln und individuell« entscheiden solle, sagte Scholz am Dienstag in Berlin. »Ganz klar, wir sind mit etwas anderem beschäftigt als zusammenzukommen«, fügte er hinzu. Polen gehört nicht zu der Gruppe der G20.

Schon einmal Unstimmigkeiten bei Absprache zwischen USA und Polen

Im Verlauf des Ukrainekriegs war es bereits zu Unstimmigkeiten zwischen den USA und Polen über das weitere Vorgehen gekommen. Polens Außenministerium hatte kurz nach Beginn des russischen Angriffs erklärt, man sei bereit, die eigenen Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29 unverzüglich auf den US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz zu verlegen und die Maschinen den USA zur Verfügung zu stellen. So hätten polnische Flugzeuge in die Ukraine geliefert werden können, ohne dass Warschau offiziell beteiligt gewesen wäre. Aus dem Pentagon hieß es daraufhin, dass der Vorschlag nicht mit den USA abgesprochen gewesen sei. Später erteilte ein Sprecher den Lieferungen eine generelle Absage.

Russland verliert zurzeit den Zugang zu immer mehr internationalen Institutionen. Zuletzt hatten die Mitgliedsländer des Europarats mit überwältigender Mehrheit für eine Suspendierung Moskaus gestimmt. Russland kündigte daraufhin seinerseits an, das Gremium zu verlassen.

4. Russland-Gegensanktionen

Putin: Russisches Gas muss nun in Rubel bezahlt werden

Für Gaslieferungen aus Russland müssen Kunden in Deutschland und anderen EU-Staaten voraussichtlich ab April in Rubel bezahlen. Der russische Präsident Wladimir Putin wies am Mittwoch laut russischen Medienberichten die Regierung an, keine Zahlungen in Dollar oder Euro mehr zu akzeptieren. Die Lieferungen würden weiter in vollem Umfang gewährleistet, versicherte der Kremlchef in einer Videokonferenz der Regierung, die im Staatsfernsehen übertragen wurde. Eine Zahlung für russische Waren in Devisen habe ihren Sinn verloren.

Betroffen sind demnach die von Russland auf einer schwarzen Liste festgehaltenen „unfreundlichen Staaten“. Dazu gehören Deutschland und alle anderen EU-Staaten, aber etwa auch die USA, Kanada und Großbritannien. Die Ankündigung sorgte prompt für eine Stärkung der russischen Währung, die massiv unter Druck steht.

Die Zentralbank und die russische Regierung hätten nun eine Woche Zeit, die Modalitäten für die Umstellung von Devisen- und auf Rubelzahlungen festzulegen, sagte Putin. Der Westen habe selbst seine Währungen entwertet, indem russische Aktiva im Ausland eingefroren worden seien.

Als Reaktion auf die Sanktionen des Westens hatte die russische Regierung bereits Anfang des Monats beschlossen, dass eigene finanzielle Verpflichtungen bei „unfreundlichen Staaten“ nur noch in Rubel beglichen werden. Darunter sind auch die Ukraine, die Schweiz und Japan.

Hier zum selben Thema ein Beitrag aus dem russischen Kommersant:

[Путин поручил перевести в рубли газовые контракты с недружественными странами - Новости – Бизнес – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](https://www.kommersant.ru/news/putin-poruchil-perewesti-v-rubli-gazovye-kontrakty-s-ndrudzhestvennyimi-stranami)

Neues Gesetz zu “Fake News“ verabschiedet

Am 22. März verabschiedete die russische Staatsduma einen erweiterten Gesetzentwurf zur Bestrafung von „Fake News“ in zweiter und dritter Lesung. Jetzt geht es um Strafen für eine „Diskreditierung russischer staatlicher Behörden im Ausland“ und die „Verbreitung falscher Informationen über ihre Tätigkeit“. Ein ähnliches Gesetz besteht bereits für die Verbreitung von Fake News über die Streitkräfte der Russischen Föderation. Das neue Gesetz sieht eine Strafe von bis zu 10 Jahren Gefängnis oder eine Geldstrafe von bis zu fünf Millionen Rubel vor. Wenn die „Falschinformationen“ schwerwiegende Folgen haben, beträgt die Haftstrafe sogar 10 bis 15 Jahre. Das Gesetz steht noch zur Annahme durch den Föderationsrat an und wird in Kürze nach Unterzeichnung durch Präsident Wladimir Putin in Kraft treten. Informationen zum neuen Gesetz finden Sie [hier](#).

Meldung der Nachrichtenagentur Tass zum Gesetz in Arbeitsübersetzung:

„Ein Gesetzentwurf über die strafrechtliche Verfolgung von Fälschungen über die Arbeit russischer Staatsorgane im Ausland wird dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sehr bald zur Unterschrift vorgelegt. Der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow erklärte gegenüber Reportern:

„Er wird höchstwahrscheinlich sehr schnell an den Präsidenten gehen. Wenn der Präsident eine solche Entscheidung trifft, wird er sie unterzeichnen. Dies ist bereits ein technisches Problem, es ist ziemlich schnell“, sagte der Kreml-Sprecher.

Am 22. März verabschiedete die Staatsduma in zweiter und dritter Lesung einen Gesetzentwurf zur Einführung strafrechtlicher Sanktionen für falsche Informationen über im Ausland tätige russische Regierungsstellen. Die Haftung wäre ähnlich derjenigen, die bereits für die Verbreitung von Fälschungen über die russischen Streitkräfte besteht.

Das Dokument sieht eine Erweiterung der Liste der Stellen vor, deren Verbreitung falscher Informationen unter Strafe gestellt werden soll. Dabei handelt es sich insbesondere um Botschaften, die Staatsanwaltschaft, die Rosgwardia, das russische Katastrophenschutzministerium usw. Es werden Änderungen an den kürzlich verabschiedeten Artikeln des Strafgesetzbuches vorgenommen, die die Verantwortlichkeit für die Diskreditierung der russischen Streitkräfte und für Fälschungen über sie vorsehen.

Zuvor wurde das Strafgesetzbuch durch Artikel 207.3 "Öffentliche Verbreitung vorsätzlich falscher Informationen über die Streitkräfte der RF" geändert, der eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe von bis zu 1,5 Millionen Rubel vorsieht.

Wird der Verstoß durch Missbrauch einer amtlichen Stellung, aus geldgierigen Motiven, aus politischem, ideologischem, rassistischem, nationalem oder religiösem Hass oder Feindschaft begangen, beträgt die Strafe bis zu 10 Jahre Gefängnis oder eine Geldstrafe von bis zu 5 Millionen Rubel. Wenn die gefälschten Informationen zu schwerwiegenden Folgen führen, beträgt die Freiheitsstrafe 10 bis 15 Jahre.

Hier eine Meldung auf der Seite der russischen Duma (russisch):

[Приняты поправки об ответственности за фейки о работе госорганов РФ за рубежом \(duma.gov.ru\)](http://duma.gov.ru)

Weitere Meldungen aus und über Russland:

Bloomberg:

Putin-Berater Tschubais gibt wegen Ukraine-Krieg auf und verlässt Russland

(Arbeitsübersetzung)

Der russische Klimabeauftragte Anatoli Tschubais ist zurückgetreten und hat das Land verlassen. Er begründet dies mit seiner Ablehnung des Krieges von Präsident Wladimir Putin in der Ukraine, wie zwei mit der Situation vertraute Personen berichten.

Der 66-jährige Tschubais ist einer der wenigen Wirtschaftsreformer aus den 1990er Jahren, die in Putins Regierung geblieben sind und enge Beziehungen zu westlichen Beamten unterhalten haben. Der Sprecher des Kremls, Dmitri Peskow, reagierte nicht sofort auf eine Anfrage zur Stellungnahme.

Tschubais, der als Architekt der Privatisierungen in Russland in den 1990er Jahren bekannt ist, gab Putin Mitte der 1990er Jahre seinen ersten Auftrag im Kreml und begrüßte zunächst seinen Aufstieg an die Macht am Ende dieses Jahrzehnts. Unter Putin nahm Tschubais Spitzenpositionen in großen Staatsunternehmen ein, bis ihn der Präsident im vergangenen Jahr zum Beauftragten für nachhaltige Entwicklung ernannte.

Seit dem Krieg hat die Regierung den Druck auf einheimische Kritiker der Invasion erhöht. Putin warnte am 16. März, er werde Russland von "Abschaum und Verrätern" säubern, die er beschuldigt, verdeckt für die USA und ihre Verbündeten zu arbeiten. Angesichts des wirtschaftlichen Zusammenbruchs beschuldigte der russische Staatschef den Westen, Russland zerstören zu wollen.

Letzte Woche trat Arkadi Dworkowitsch, der während der Präsidentschaft von Dmitri Medwedew als Wirtschaftsberater und bis 2018 als stellvertretender Ministerpräsident tätig war, als Leiter des staatlich unterstützten Technologiefonds Skolkowo zurück, nachdem er die Invasion verurteilt hatte. Dworkowitsch, der auch Präsident des Internationalen Schachverbands ist, ist einer der wenigen ehemaligen hohen Beamten, die sich gegen den Krieg ausgesprochen haben.

n-tv

Putin ändert Regeln für Airlines - Russland verliert 78 Flugzeuge wegen Sanktionen

Die westlichen Sanktionen gegen Russland als Folge des Kriegs in der Ukraine wirken sich auch auf die Fluggesellschaften im Land aus. 78 Maschinen wurden laut Verkehrsminister Saweljew im Ausland beschlagnahmt. Probleme bekommt Russland auch bei der Wartung.

Russland hat wegen der Sanktionen des Westens im Zuge des Krieges gegen die Ukraine nach eigenen Angaben 78 Flugzeuge eingebüßt. Die Maschinen seien im Ausland beschlagnahmt worden und könnten nun nicht mehr zurückfliegen, sagte Verkehrsminister Witali Saweljew der Staatsagentur Tass zufolge. Wegen des Risikos der Beschlagnahme von

geleaste Flugzeugen russischer Gesellschaften im Ausland waren viele Flugzeuge nach Russland gebracht worden.

Nach dem Überfall auf die Ukraine am 24. Februar haben nahezu alle europäischen Länder, die USA und Kanada ihren Luftraum für russische Flugzeuge gesperrt. Russland reagierte ebenfalls mit Sperren. Von dem Verbot sind auch geleaste Maschinen betroffen. Präsident Wladimir Putin hat wegen der Sanktionen verfügt, dass heimische Fluggesellschaften ihre geleaste ausländischen Maschinen künftig in Russland registrieren dürfen. Damit können das Staatsunternehmen Aeroflot und andere Firmen weiter auf Inlandsstrecken ihre Flotten einsetzen.

Saweljew zufolge wurden bereits 800 Flugzeuge in Russlands Luftverkehrsregister eingetragen. "Wir versichern sie bei einer russischen Versicherungsgesellschaft", sagte er. Russland habe zum Zeitpunkt der Sanktionen über 1367 Flugzeuge verfügt. Mit der Androhung neuer und weltweit greifender Sanktionen hatte die US-Regierung vergangene Woche angekündigt, Dutzende weitere russische Flugzeuge "effektiv stilllegen" zu wollen. Demnach sollten 100 Flugzeuge noch am Freitag vom internationalen Flugverkehr ausgeschlossen werden.

Bei der Wartung der Maschinen will sich Russland nun an den Erfahrungen des Iran in einer ähnlichen Situation orientieren. Airbus, Boeing und andere Unternehmen der Branche haben als Reaktion auf den Krieg und die Sanktionen ihre Lieferungen und Wartungsarbeiten für die russischen Gesellschaften eingestellt. Die Airlines erhalten damit keine Ersatzteile mehr und werden auch technisch nicht mehr unterstützt. Die Sanktionen hier orientieren sich an den Strafmaßnahmen gegen den Iran wegen dessen Atom- und Raketenprogramm.

TASS

Manturov: Einige Autofirmen haben bereits ihre Absicht bestätigt, ihre Tätigkeit in Russland wieder aufzunehmen

Einige ausländische Automobilhersteller haben dem Ministerium für Industrie und Handel bereits ihre Absicht bestätigt, den Betrieb von Werken in Russland wieder aufzunehmen. Dies teilte der russische Minister für Industrie und Handel, Denis Manturow, Journalisten mit.

"Wir sind bisher mit allen großen Marken im Gespräch. Bei einigen haben wir eine klare Vorstellung davon, dass sie beibehalten werden: sowohl die Produktionskapazität als auch die Lieferung von Komponenten für unseren Markt", sagte er. - Leider müssen wir uns vielleicht von einigen verabschieden, weil wir nicht ewig warten können.

Manturow zufolge rechnet er damit, dass es Ende März oder Anfang April möglich sein wird, mit den Unternehmen "auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen" und dann Pläne für die weitere Entwicklung dieses oder jenes Unternehmens zu machen. "Dies gilt nicht nur für die Automobilindustrie, sondern für alle Industriebetriebe, bei denen ausländische Eigentümer in Erwägung ziehen oder bereits einige Entscheidungen für sich getroffen, aber noch nicht

geäußert haben, um langfristige Ausfallzeiten und logistische Umstellungen für andere Komponenten, vielleicht für andere Marken, zu vermeiden", fügte der Minister hinzu.

So nahm das Renault-Werk in Moskau am 21. März seine Arbeit wieder auf.

Darüber hinaus, so Manturov, haben viele Außenhandelsunternehmen, die ihre Tätigkeit in Russland vorübergehend eingestellt haben, keine Erklärung über den vollständigen Rückzug vom russischen Markt abgegeben. "Bislang sind uns keine derartigen Entscheidungen von Handelsunternehmen bekannt. Es gibt E-Commerce-Anbieter, die ihre Aktivitäten aus verschiedenen Gründen bisher eingestellt haben", sagte er.

Die Hauptgründe für die Aussetzung sind laut Manturov logistische Probleme. Gleichzeitig zahlen die Unternehmen ihren Mitarbeitern weiterhin Gehälter.

Maßnahmen zur Unterstützung der Automobilindustrie

Das Ministerium für Industrie und Handel entwickle umfassende Maßnahmen, um die heimische Automobilindustrie vor dem Hintergrund der Sanktionen zu unterstützen, sagte Manturov.

"Wir bilden jetzt eine gemeinsame Position mit der Industrie, um der Regierung weitere Unterstützungspakete zur Prüfung vorzulegen", sagte Manturov.

RB.RU

Beschränkung der Rechte ausländischer Aktionäre (Arbeitsübersetzung)

Der Russische Industriellen- und Unternehmerverband (RSPP) hat vorgeschlagen, die Gesellschaftsrechte ausländischer Aktionäre „zum Schutz der nationalen Interessen“ erheblich einzuschränken. RSPP schlägt insbesondere vor, ihnen das Stimmrecht bei Hauptversammlungen und die Möglichkeit, den Rückkauf von Wertpapieren zu verlangen, zu entziehen.

Wie RBC berichtet, hat RSPP-Chef Alexander Schokhin seine Vorschläge zur Stabilisierung der Unternehmensbeziehungen angesichts der Sanktionen an Maxim Reschetnikov, den Leiter des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung, geschickt. In dem Schreiben wird vorgeschlagen, "zum Schutz der nationalen Interessen" die Rechte von gebietsfremden Aktionären und Aktionären mit unbestimmter Staatsangehörigkeit vorübergehend zu beschränken.

Der RSPP-Vorschlag richtet sich an Aktionäre, die Anteile an strategischen Unternehmen besitzen, sowie an Unternehmen mit staatlicher Beteiligung oder an Unternehmen, an denen Einrichtungen mit staatlicher Beteiligung oder strategische Unternehmen einen Anteil von 20 % oder mehr besitzen.

In Bezug auf diese Aktionäre schlägt der RSPP folgende Maßnahmen vor:

- ihre Stimmen in der Hauptversammlung nicht zu berücksichtigen. Die konkreten Fälle und Fragen, in denen dies möglich ist, sollten von der Bank von Russland oder der Rechtskommission festgelegt werden;
- ihr Recht, die Rücknahme von Aktien zu verlangen, einzuschränken, wenn das Unternehmen beschließt, sich umzuwandeln/aufzulösen oder die Satzung zu ändern, wodurch die Rechte der Aktionäre eingeschränkt werden;
- auf sie nicht die Vorschriften anzuwenden, die sich aus dem Erwerb von mehr als 30 % der Aktien einer Aktiengesellschaft ergeben (einschließlich der Notwendigkeit, den Inhabern aller Wertpapiere nach dem Erwerb eines solchen Aktienpakets ein Pflichtangebot zu unterbreiten);
- ihnen das Recht zu nehmen, eine außerordentliche Hauptversammlung zu verlangen, und die Unternehmen von der Verpflichtung zu befreien, ihnen Stimmzettel zu Themen der Tagesordnung der Hauptversammlung zuzusenden;
- das Bezugsrecht zum Erwerb zusätzlicher Aktien/Wandelanleihen des Unternehmens sowie neu platzierter zusätzlicher Aktien einer neuen Kategorie/Wandelanleihen, die durch öffentliche Zeichnung ausgegeben werden, ausschließen;
- auf Anfrage keinen Zugang zu Dokumenten und Informationen des Unternehmens gewähren;
- Ermöglichung der Entscheidung von Unternehmen, keine Dividenden auf Aktien im Besitz von gebietsfremden Aktionären anfallen zu lassen oder zu zahlen.

Für Gebietsansässige aus einzelnen Ländern sind Ausnahmen von diesen Regeln möglich, die von der Zentralbank oder der Resilienzkommission genehmigt werden können. Der RSPP betonte, dass vorgeschlagen wird, diese Maßnahmen vorübergehend einzuführen, z. B. bis Ende 2022.

Die RSPP schlug auch vor, das Verfahren zur Umstrukturierung von Unternehmen zu vereinfachen, das viele russische Unternehmen aufgrund der westlichen Sanktionen durchlaufen müssen. Dies bezieht sich auf den Ausstieg von Aktionären aus Unternehmen, die von Sanktionen betroffen sind. Umgekehrt geht es darum, dass sanktionierte Anteilseigner aus nicht sanktionierten Unternehmen aussteigen, um deren normale Geschäftstätigkeit fortzusetzen.

Zu diesem Zweck werden die folgenden befristeten Gesetzesänderungen vorgeschlagen:

Senkung des Schwellenwerts für die Entscheidung über die Einstellung der Börsennotierung von 95 % auf 75 % der Stimmen aller Aktionäre des Unternehmens und Aussetzung der 10 %-Grenze für den Rückkauf eigener Aktien durch ein Unternehmen. Erlauben Sie Aktienrückkäufe, auch wenn das Nettovermögen negativ ist;
Senkung der Schwelle für den obligatorischen Rückkauf von Aktien von 95 auf 90 %.

5. Sanktionen der USA

Zeit Online:

Joe Biden will neue Sanktionen gegen Russland ankündigen

Russland drohen weitere Sanktionen des Westens. Laut US-Regierung sollen sie am Donnerstag verkündet werden. Auch die Umgehung der Maßnahmen soll schwerer werden.

Die USA und ihre westlichen Verbündeten wollen nach Angaben des Weißen Hauses weitere Sanktionen gegen Russland ankündigen. US-Präsident Joe Biden werde diese am Donnerstag in Brüssel bei einem Treffen mit der Nato und europäischen Verbündeten vorstellen, sagte der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan. „Er wird sich unseren Partnern anschließen, um weitere Sanktionen gegen Russland zu verhängen und die bestehenden Sanktionen zu verschärfen, um gegen Umgehungen vorzugehen und eine effektive Durchsetzung sicherzustellen.“

Westliche Staaten hatten als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine massive Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt. Die russische Armee setzt ihre Angriffe in der Ukraine aber mit unverminderter Härte fort, weswegen unter anderem der ukrainische Staatschef Wolodymyr Selenskyj auf härtere Sanktionen pocht.

Die USA haben bereits ein Importverbot für Erdöl aus Russland verhängt. Die europäischen Staaten halten sich mit dieser Maßnahme angesichts ihrer Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas aus Russland bisher zurück.

Biden soll Plan für größere europäische Energieunabhängigkeit vorstellen

Bei seiner Europa-Reise soll Biden laut Sullivan auch einen gemeinsamen Aktionsplan vorstellen, um die europäische Energiesicherheit zu stärken und die Abhängigkeit von russischem Öl und Erdgas zu verringern.

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte am Nachmittag noch einmal seine Ablehnung eines Embargos auf Energieimporte aus Russland bekräftigt. Die Position der Bundesregierung sei unverändert, sagte er. Das gelte auch für viele andere EU-Mitgliedsstaaten, deren Abhängigkeit von russischer Energie noch größer sei.

Im Anschluss an die Gipfeltreffen von EU, G7 und Nato in Brüssel reist Biden nach Polen, wo er laut Sullivan auch US-Truppen treffen wird. Insgesamt sind nach US-Angaben etwa 100.000 US-Soldaten in Europa stationiert oder eingesetzt. Biden hatte in den vergangenen Monaten wegen der Spannungen mit Russland Tausende zusätzliche Soldatinnen und Soldaten nach Europa verlegt.

Nach Einschätzung der US-Regierung hat der russische Präsident Wladimir Putin bei seiner Invasion bislang keines der drei grundlegenden Ziele verwirklichen können. "Erstens sollte die Ukraine unterworfen werden, zweitens sollten die russische Macht und das russische

Prestige gestärkt werden und drittens sollte der Westen gespalten und geschwächt werden", sagte Sullivan. Russland habe "bisher das Gegenteil erreicht".

Der Krieg werde noch andauern, sagte Sullivan. "Es werden harte Tage auf die Ukraine zukommen, am härtesten für die ukrainischen Truppen an der Front und für die Zivilbevölkerung unter russischem Beschuss", sagte der Sicherheitsberater. "Dieser Krieg wird weder leicht noch schnell enden."

**Wall Street Journal:
Biden will Hunderte russischer Abgeordneter sanktionieren, sagen US-Beamte**

Die Biden-Administration bereitet laut einem Bericht des Wall Street Journal Sanktionen gegen die meisten Mitglieder der russischen Staatsduma, des Unterhauses des Parlaments, vor, um Moskau für seine Invasion in der Ukraine zu bestrafen.

Präsident Biden beabsichtigt, die Sanktionen gegen mehr als 300 Mitglieder der russischen Staatsduma bereits am Donnerstag während seiner Europareise anzukündigen, wo er mit Verbündeten der Nordatlantikvertrags-Organisation zusammentreffen wird, um ihre nächsten Schritte zu formulieren, so US-Beamte und interne Dokumente, die das Wall Street Journal einsehen konnte.

Die Sanktionen werden in Abstimmung mit der Europäischen Union und den Mitgliedern der Gruppe der sieben Industrienationen angekündigt, so die US-Beamten. Die EU hatte derartige Sanktionen bereits eingeführt.

Das kommende Sanktionspaket, das sich gegen 400 Personen richtet, darunter 328 Gesetzgeber und russische Eliten, kommt in der vierten Woche des russischen Einmarsches in der Ukraine.

Die russische Bundesversammlung besteht aus der 450 Sitze umfassenden Staatsduma und einem 170 Sitze umfassenden Oberhaus, dem Föderationsrat.

Übersichten und Einschätzungen zu den Sanktionen gegen Russland

Die auf Sanktionsthemen spezialisierte Kanzlei Morrison&Foerster hat einen Client Alert zu den bislang eingeführten Sanktionen westlicher Länder gegen Russland zusammengestellt.

[U.S., EU, and UK Sanctions on Russia Escalate in Response to Russia's Continued Invasion of Ukraine | Morrison & Foerster \(mofo.com\)](#)

Link-Sammlung zu den US-Sanktionen gegen Russland seit dem 24.2. in chronologischer Reihenfolge:

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0602>

https://home.treasury.gov/policy-issues/financial-sanctions/recent-actions/20220221_33

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0608>

<https://www.bis.doc.gov/index.php/documents/about-bis/newsroom/press-releases/2914-2022-02-24-bis-russia-rule-press-release-and-tweets-final/file>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/02/24/fact-sheet-joined-by-allies-and-partners-the-united-states-imposes-devastating-costs-on-russia/>

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0610>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/presidential-actions/2022/03/08/executive-order-on-use-of-project-labor-agreements-for-federal-construction-projects-2/>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/03/08/message-to-the-congress-on-prohibiting-certain-imports-and-new-investments-with-respect-to-continued-russian-federation-efforts-to-undermine-the-sovereignty-and-territorial-integrity-of-ukraine/>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/03/08/fact-sheet-united-states-bans-imports-of-russian-oil-liquefied-natural-gas-and-coal/>

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0641>

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Die britischen Behörden haben eine neue Guidance zur Anwendung von Finanzsanktionen veröffentlicht:

[Financial sanctions: guidance - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity)

Link-Sammlung zu den britischen Sanktionen gegen Russland seit dem 24.2. in chronologischer Reihenfolge:

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>

<https://www.gov.uk/government/news/uk-to-phase-out-russian-oil-imports>

https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1060764/Notice_Russia_150322.pdf

https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1060263/Notice_Russia_110322.pdf

<https://www.gov.uk/government/news/uk-cuts-off-export-finance-support-to-russia-and-belarus>

<https://www.gov.uk/government/news/uk-announces-new-economic-sanctions-against-russia>

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

dpa:

Lebensmittelkonzern Nestle setzt weitere Teile des Russland-Geschäfts aus

Nestle streicht nach anhaltender Kritik weitere Angebote aus seinem Sortiment in Russland. Unter anderem nimmt der weltgrößte Nahrungsmittelhersteller dort Marken wie Kitkat und Nesquik aus den Regalen. Einzig lebenswichtige Güter wie Babynahrung oder medizinische Ernährung sollen in dem Land noch verkauft werden. Während der Krieg in der Ukraine tobt, fokussiere Nestle die Aktivitäten in Russland darauf, lebenswichtige Nahrung bereitzustellen - nicht darauf, Gewinne zu machen, heißt es am Mittwoch in einer schriftlichen Stellungnahme des Unternehmens. Der Konzern erwarte nicht, in der näheren Zukunft in Russland Gewinne zu erzielen oder damit verbundene Steuern zu zahlen. Alle allfälligen Gewinne würden aber Organisationen für humanitäre Hilfe gespendet.

Die Produktion der großen Mehrheit der Produkte und des Umsatzes in Russland würden unterbrochen, erklärte ein Nestlé-Sprecher. Dies betreffe neben Süßwaren auch Heimtierprodukte und Kaffee. Bereits vor fast zwei Wochen hatte Nestlé erklärt, den Import und Export aller nicht lebenswichtigen Nahrungsmittel aus und nach Russland zu stoppen. Es würden außerdem keine Investitionen mehr getätigt und die Produkte nicht mehr beworben. Für den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj reichte dies jedoch nicht aus. Er kritisierte den weltgrößten Nahrungsmittelkonzern dafür, Russland nicht zu verlassen.

Spiegel-Online:

Russland-Ukraine-Krieg: Tengelmann rechnete mit Enteignung von Obi-Filialen - DER SPIEGEL

Tengelmann hat sich mit seiner Tochter Obi aus Russland zurückgezogen. Aus »moralischen Gründen«, wie Inhaber Christian Haub dem manager magazin sagt. Demnach rechnete die Gruppe aber mit Enteignungen.

Die Tengelmann-Gruppe rechnet einem Bericht zufolge damit, russische Filialen der Baumarkttochter Obi abschreiben zu müssen. Inhaber Christian Haub verwies in einem Interview mit dem manager magazin auf ein russisches Gesetz, wonach der Staat das Recht auf Enteignung jener Firmen erhält, deren Heimatländer sich an den Sanktionen wegen des Ukrainekriegs beteiligen. »Ich bin fest davon überzeugt, dass es so weit kommt.«

Obi ist mehrheitlich im Besitz der Tengelmann-Gruppe. Nach dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine hatte sich die Baumarktkette aus dem Land zurückgezogen. »Ich konnte mir einfach aus moralischen Gründen nicht vorstellen, weiterhin Geschäfte in Russland zu betreiben und damit indirekt das dortige Regime finanziell zu unterstützen«, sagte Haub.

Obi betrieb demnach noch bis Mitte März 27 Baumärkte in Russland. Das Russland-Geschäft stand nach Haubs Angaben für weniger als fünf Prozent des Umsatzes und bereits seit der

Krim-Krise sei es immer schwieriger geworden, dort erfolgreich zu sein. »Ich bin nun froh, dass damit das Kapitel für uns beendet ist.« Neben der Baumarktkette gehört unter anderem der Textildiscounter Kik zur Tengelmann-Gruppe.

hba/AFP

Tagesschau

Stada durch Russland-Geschäft belastet

Kaum ein deutscher Arzneimittelhersteller ist so stark in Russland vertreten wie Stada. An diesem Geschäft hält der Konzern trotz des Ukraine-Kriegs fest. Doch es belastet die Bilanz.

Der Pharmakonzern aus Bad Vilbel bei Frankfurt hat stark in den russischen Markt investiert und macht dort einen wichtigen Teil seiner Umsätze. Und trotz des Angriffskriegs von Kreml-Herrscher Wladimir Putin gegen die Ukraine will das Unternehmen am Russland-Geschäft festhalten. Das schrumpft nun allerdings - vor allem wegen des schwachen Rubels.

Die Nachfrage aus Russland nach Produkten wie Erkältungsmitteln oder Nahrungsergänzungspräparaten sei weiter hoch, sagte Vorstandschef Peter Goldschmidt. Eine Herausforderung sei es aber, die Lieferkette und die Produktion sicherzustellen. "Entscheidend ist aus wirtschaftlicher Sicht vor allem die Entwicklung des Rubels", so Goldschmidt. Stada bilanziert in Euro, entsprechend schrumpfen die Umsätze in Russland, wenn der Rubel weiter abwertet.

Zweitwichtigster Markt

Seine Lieferungen nach Russland stellt Stada nicht zur Disposition. Das Land ist einer der wichtigsten Märkte für Stada und trägt rund 14 Prozent zum Umsatz bei. Damit ist Russland der zweitwichtigste Markt für Stada nach Deutschland, noch vor europäischen Staaten wie Italien, Großbritannien oder Spanien.

Der Konzern beschäftigt dort 2100 Menschen, etwa ein Sechstel der weltweiten Belegschaft. Mögliche Einbußen dort könne man "mittelfristig mit Wachstum in anderen Ländern kompensieren", so Vorstandschef Goldschmidt.

Der Krieg in der Ukraine trifft Stada auch vor Ort. Rund 440 Beschäftigte beschäftigt der Konzern dort. In Kiew betreibt Stada eine Fabrik nahe dem Militärflughafen. Sie stehe noch, aber Raketen seien in der Nähe eingeschlagen. Die Produktion ist bereits seit längerem eingestellt. Der Umsatzanteil der Ukraine lag zuletzt bei einem Prozent von Stadas Gesamterlösen.

Übernahme für 600 Millionen Euro

Russland war in den vergangenen Jahren mit zweistelligen Wachstumsraten einer der Pfeiler der Umsatzstrategie bei Stada. Für rund 600 Millionen Euro hatte das hessische Unternehmen im Jahr 2019 das Arzneimittelgeschäft des japanischen Konkurrenten Takeda in Russland gekauft.

Im vergangenen Jahr konnte Stada seinen Umsatz um acht Prozent auf 3,25 Milliarden Euro steigern, wie das Unternehmen heute bekanntgab. Der Gewinn wuchs um knapp 45 Prozent auf 264 Millionen Euro. Stada konnte im im vergangenen Jahr die geringe Nachfrage nach Erkältungsmitteln in der Pandemie ausgleichen, etwa durch Zukäufe und steigende Erlöse mit Nahrungsergänzungsmitteln.

Stada ist nach eigenen Angaben viertgrößter Anbieter bei rezeptfreien Arzneien und Nachahmermedikamenten in Europa. Zudem setzt der Konzern verstärkt auf Spezialpharmazeutika wie Parkinson-Therapien. 2017 war das Unternehmen von den Finanzinvestoren Bain und Cinven übernommen worden.

Handelsblatt

Mercedes-Benz bremst Produktion im Werk Sindelfingen

Der Teilemangel bremst nun die Produktion von Mercedes im Werk Sindelfingen aus. Der Autohersteller hat bereits Kurzarbeit beantragt.

Frankfurt Der Mangel an Autoteilen wegen des Ukraine-Krieges bremst die Produktion bei Mercedes-Benz. Für das Werk in Sindelfingen sei teilweise Kurzarbeit beantragt, erklärte das Unternehmen am Dienstag. Als erstes hatte die „Wirtschaftswoche“ darüber berichtet. Die Schichtplanung müsse angepasst werden.

Zum Teil lässt sich der geringere Bedarf an Arbeitskräften demnach über Arbeitszeitinstrumente regeln. Ob ganze Schichten entfallen und wie viele Beschäftigte vorübergehend aussetzen, blieb offen. Auch bei anderen Autobauern kam es schon zu Produktionsstopps, weil zum Beispiel in der Ukraine gefertigte Stromkabelnetze fehlen.

Die Werke von Mercedes-Benz liefen weltweit „nahezu“ uneingeschränkt, erklärte der Autobauer weiter. Wegen des Mangels an Komponenten aus der Ukraine verlagerten Zulieferer Produktion an andere Standorte. So hatte der Autozulieferer Leoni, ein Spezialist für Kabelbäume, angekündigt, die in der Ukraine stockende Produktion woanders hin zu verlagern.

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Handelsblatt:

Leoni: Produktion in ukrainischen Werken läuft wieder in begrenztem Umfang

Der Kabelbaum-Spezialist versucht die kriegsbedingten Produktionsausfälle „bestmöglich zu beherrschen“. CEO Kamper sieht den Autozulieferer trotz der Herausforderungen auf Kurs.

München Die Produktion des Kabelbaum-Spezialisten Leoni in seinen beiden ukrainischen Werken läuft derzeit wieder in begrenztem Umfang. Dies geschehe unter strengsten Sicherheitsbedingungen und in Einklang mit dem Willen der ukrainischen Regierung und den Wünschen der Belegschaft, teilte Leoni am Mittwoch mit.

Leoni hat zwei Werke in dem von Russland angegriffenen Land in der Nähe von Lwiw im Westen. Die Produktionsunterbrechungen hatten auch für die Leoni-Kunden direkte Konsequenzen. So mussten BMW und Volkswagen die Produktion wegen fehlender Kabelbäume zeitweise unterbrechen.

Der Konzern beschäftigt in der Ukraine 7000 Menschen. Leoni-Vorstandschef Aldo Kamper sagte: „Es ist beeindruckend und bewegend zugleich, wie entschlossen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, sich nicht unterkriegen zu lassen.“ Ihre Sicherheit habe absolute Priorität.

Aktuell arbeitet Leoni laut Unternehmensangaben daran, die Folgen der kriegsbedingten Produktionsausfälle in den ukrainischen Werken „für alle Beteiligten bestmöglich zu beherrschen“. Andere Standorte im weltweiten Produktionsverbund hätten „begonnen, ukrainische Produktionskapazitäten zu duplizieren, um ihre Kollegen im Kriegsgebiet zu unterstützen“.

Leoni hatte wegen des Ukrainekriegs Mitte März bereits die Prognose zurückgenommen. Der angepeilte Konzernumsatz von mehr als fünf Milliarden Euro sei wohl nicht mehr erreichbar. Auch das operative Ergebnis (Ebit) vor Sondereffekten werde niedriger ausfallen als die geplante mittlere zweistellige Millionensumme, warnte Leoni.

Konzern steht robuster da als zu Beginn der Pandemie

Doch insgesamt steht der Konzern auch dank des Restrukturierungsprogramms „Value 21“ derzeit robuster da als zu Beginn der Corona-Pandemie. Damals war Leoni eines der ersten Unternehmen, dass Staatshilfe in Anspruch nehmen musste. Bund und Länder gaben Bürgschaften für neue Kredite.

Im vergangenen Jahr war der Leoni-Umsatz deutlich von 4,1 auf 5,1 Milliarden Euro gestiegen. Das operative Ergebnis (Ebit) vor Sondereffekten und Restrukturierungskosten betrug 170 Millionen Euro nach einem Verlust von 59 Millionen Euro im Jahr zuvor. „Wir haben wieder guten Grip und sind stabil zurück auf Kurs“, sagte Kamper. Damit übertraf

Leoni teils die eigenen Prognosen. Allerdings gab es nun durch den Ukrainekrieg einen Rückschlag

Auch die anderen Autozulieferer haben mit den aktuellen Herausforderungen zu kämpfen. So hatte zum Beispiel auch Continental erklärt, wegen des Ukrainekriegs und den unterbrochenen Transportketten könnten je nach Ausmaß der Verwerfungen sowohl Umsatz als auch Ergebnis aller Unternehmensbereiche niedriger ausfallen als im Vorjahr.

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaI@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

Luftbrücke nach Moldau – Sponsoren gesucht

Projekt des Auswärtigen Amts mit dem DIHK: Gesucht werden Unternehmen, die zur Bewältigung der Flüchtlingsströme in Moldau Finanzmittel zur Verfügung stellen. Es geht um Flüge aus Moldau nach Deutschland/in die EU. Es gibt dazu ein Spendenkonto des Auswärtigen Amts, um eine Luftbrücke aus Moldau zu bewerben, weitere Infos unter #Wirtschafthilft. Es geht darum, Geld für die Flüge aus Moldau nach Deutschland zu sammeln. Der erste Flug wird bereits von der Lufthansa gesponsort. Moldau ist aktuell erheblich mit Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge überfordert. Mit Angriffen auf Odessa könnte das Problem in Kürze noch gravierender werden. Hier wird auf konkrete Hilfe von Unternehmensseite gehofft.

EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip19_1911)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses:

#WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunft

Vermittlung von Unterkünften für mehrere Wochen: www.unterkunft-ukraine.de (Ukr/Rus)

Angebot der Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](https://www.rotary.org/en/rotary-ukraine); For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
- Kostenloser Sprachkurs des Goethe-Institut für Flüchtlinge (Kontakt): julia.franziska.mahnkopf@goethe.de
- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>

- Handout für Ankommende in Berlin:
<https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen:
<https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlxuOsZ9lnhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): germany4ukraine

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.

Lebensmittel

BMEL: Es gibt inzwischen eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine
Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

SPENDENAUFTRUF

Hilfe für die Bevölkerung der Ukraine / Koordinierte Vorgehensweise der Verbände der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie sowie des Pharmazeutischen Großhandels

Mit großer Betroffenheit sehen wir das durch den russischen Angriffskrieg verursachte Leiden der Bevölkerung in der Ukraine. Viele Unternehmen engagieren sich bereits in privaten Hilfsprojekten, die es deutschlandweit gibt. Dies begrüßen wir sehr, und diese sollen auch weiter unterstützt werden.

Aufgrund des absehbaren großen Bedarfs an medizinischen Gütern aller Art erreichten uns allerdings zahlreiche Anfragen von Mitgliedsunternehmen, ob die Verbände die humanitäre Hilfe koordinieren können, um den Menschen im Kriegsgebiet bestmöglich zu helfen. **Hierzu haben sich die Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels in den letzten Tagen abgestimmt und bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an.** Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen.

Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

Um eine schnelle und effiziente Hilfe für die Menschen in der Ukraine zu gewährleisten, haben die Verbände die folgende Vorgehensweise abgestimmt:

Von Seiten der Ukraine wurde der Europäischen Kommission eine Liste benötigter medizinischer Güter zur Verfügung gestellt, die die Grundlage für Spenden sein sollte. Der Verband des pharmazeutischen Großhandels hat diese Liste mit den Pharmazentralnummern (PZN) der benötigten Arzneimittel und Medizinprodukte verknüpft und aktualisiert diese regelmäßig.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de).

Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses
möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur,
Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach
von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen
in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich
an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere
Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht
oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das
Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen
Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das
Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[❤ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](https://www.aktion-deutschland-hilft.de)

Unicef

[Ukraine-Krise: Krieg in der Ukraine bedroht Millionen Kinder | UNICEF](https://www.unicef.org/ukraine)

Unterstützung für Berichterstatter

Netzwerk Recherche, n-ost, FragDenStaat, Reporter ohne Grenzen und die taz Panter Stiftung haben eine Spendenaktion gestartet. Von diesem Geld werden Schutzausrüstungen für die Reporterinnen und Reporter gekauft, Unterkünfte bezahlt und eine psychologische Unterstützung organisiert.

Hier können Sie spenden:

<https://www.betterplace.org/de/projects/106590-unterstuetzung-fuer-journalist-innen-in-der-ukraine>

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Informations-Plattform für Hilfsmöglichkeiten (englisch)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](#)

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

